

19. April 2004

Landwirtschaftskammer-Vizepräsidentin zum Tierschutzgesetz-Entwurf Wolf: Den Bauern Zeit geben, veraltete Ställe zu adaptieren

Die Vizepräsidentin der NÖ Landwirtschaftskammer, Lieselotte Wolf, lud heute zu einem Pressegespräch in den Stall der Familie Glassner in Kottes (Bezirk Zwettl). Den Anlass für dieses Gespräch lieferte der aktuelle Entwurf zum künftigen Tierschutzgesetz, der bekanntlich das Verbot der dauernden Anbindung für Rinder vorsieht. Wolf gab vor Ort ihre Forderung nach entsprechenden Übergangsfristen für den Umbau von Anbindeställen sowie nach finanzieller Unterstützung im Falle der Umsetzung des Gesetzesentwurfs bekannt.

„Es hat keinen Sinn, das strengste Tierschutzgesetz Europas zu beschließen, wenn dadurch ein Großteil der Rinder haltenden Betriebe vor dem Zusperrern steht. Die Bauern stehen zu ihrer Verantwortung gegenüber dem Tier. Aber man muss den Bauern die nötige Zeit geben, um veraltete Ställe zu adaptieren“, meinte Wolf. Eine Umsetzung des aktuellen Gesetzesentwurfs würde auch enorme Investitionskosten für die Rinder haltenden Betriebe in Niederösterreich mit sich bringen. Wolf rechnet mit einem Investitionsbedarf von mehreren Hundert Millionen Euro. „Man kann von den Bauern unmöglich verlangen, solch große finanzielle Mittel ohne Unterstützung durch die öffentliche Hand aufzubringen“, meinte die Vizepräsidentin. Zusätzlich sollten wirtschaftliche Anreize einen Umstieg in andere Haltungsformen interessant machen.

Es gehe in diesem Zusammenhang außerdem auch um die Sicherung der Arbeitsplätze, speziell der Bäuerinnen direkt am Hof. Gerade im ländlichen Raum seien Arbeitsplätze für Frauen rar, jeder einzelne Arbeitsplatz würde hier abgehen. Nähere Informationen: NÖ Landwirtschaftskammer, 3100 St. Pölten, Wiener Straße 64, Manuela Göll, Telefon 02742/259-9302, e-mail manuela.goell@lk-noe.at.

Zu diesem Artikel gibt es eine unterstützende Audiodatei. Diese ist zum Download nicht mehr verfügbar. Bitte wenden Sie sich an: presse@noel.gv.at